Demokratie und die Kolonialität der Gewalt

Konstitutive Verwobenheiten und aktuelle Verdichtungen

Gundula Ludwig*

Schlüsselwörter: Kolonialität der Macht, Gewalt, Androzentrismus, Eurozentrismus, Subjektivierung, Relationalität, radikale Demokratietheorie

Abstract: Während liberalen Demokratietheorien Gewalt als das Andere von Demokratie gilt, haben post- und dekoloniale Theorien den Nachweis erbracht, dass Gewalt ein grundlegendes Element moderner Ordnungen und liberaler Demokratien ist. Von einem weiten Verständnis von Demokratie ausgehend, das diese auch als Lebensform und Subjektivierungsweise versteht, erörtert der Text erstens die Frage, auf welchen gewaltvollen diskursiven Voraussetzungen die Konstitution des Subjekts in der liberalen Demokratie beruht. Es wird dargelegt, wie die Figur des autonomen, souveränen Individuums auf der gewaltvollen „Kolonialität von Macht" (Quijano 2000) beruht, das ein demokratisches Verständnis von Politik letztlich verunmöglicht. Aus intersektionaler Perspektive wird gezeigt, wie sich in der gewaltvollen Konstitution des demokratischen Subjekts Rassismus, Kolonialismus, Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse miteinander verschränken. Zweitens werden die Erkenntnisse zur Verwobenheit der ‚Kolonialität der Gewalt' und Demokratie in Dialog mit Ansätzen radikaler Demokratietheorie gebracht. Hier wird erörtert, wie die radikaldemokratische Kritik mittels post- und dekolonialer Perspektive rekonzeptualisiert werden muss, wenn sie auch die gewaltvollen Fundamente liberaler moderner Demokratie radikal kritisieren will. Daran anschließend wird drittens dargelegt, dass die gegenwärtige Krise der Demokratie aus der hier entwickelten Perspektive eine durchweg systemische ist. Die aktuelle Krise der Demokratie wird als Verdichtung des in der liberal-kolonialen Konstruktion des demokratischen Subjekts angelegten undemokratischen Subtextes ausgewiesen. Den Schluss des Textes bilden Überlegungen zu Wegen der Dekolonisierung von Demokratie.

Abstract: While liberal theories of democracy view violence as the opposite of democracy, post- and decolonial theories argue that violence is a fundamental element of liberal democracies. Based on a broad notion of democracy, which approaches democracy also as a form of life and a mode of subjectivation, the article unmasks first the violent discursive presuppositions of the subject of liberal democracy. I argue that the figure of the autonomous, sovereign individual is based on the violent „coloniality of power" (Quijano 2000) that ultimately makes democratic politics impossible. From an intersectional perspective, I further argue how racist, colonial, gendered and sexual relations of power are intertwined in the violent constitution of the democratic subject. Second, these insights of the 'coloniality of violence' as foundation of liberal democracies are brought to a dialogue with radical democratic theory. Third, I argue that the current crisis of democracy is a systemic one deriving from the 'coloniality of violence' inherent in liberal democracies and its political subjects. The article concludes by offering preliminary reflections on ways of decolonizing democracy.

* Gundula Ludwig, Universität Innsbruck
Kontakt: gundula.ludwig@uibk.ac.at

„Im Grunde war die moderne Demokratie seit ihren Anfängen darauf angewiesen, sich in ein quasimythologisches Gewand zu kleiden, um den kontingenten Charakter ihrer Grundlagen und die in ihren Fundamenten angelegte Gewalt zu verbergen."
(Mbembe 2017: 48)

Gewalt wird in liberalen Demokratietheorien gemeinhin als das Andere von Demokratie ausgewiesen. Die Befriedung und ‚Zivilisierung' von Gewalt gilt geradezu als Merkmal liberaler moderner Demokratien. Das Gewaltmonopol des Staates gepaart mit der Selbstbeherrschung der mit Vernunft ausgestatteten Bürger*innen werden als Garant dafür gesehen, dass Gewalt gezähmt und lediglich zu einer Ausnahmeerscheinung in Demokratien werden konnte. Dieses Narrativ wurde von vielen post- und dekolonialen Theoretiker*innen zurückgewiesen, indem gezeigt wurde, dass die Herausbildung moderner westlicher Demokratien unauflöslich mit der Etablierung einer auf Gewalt beruhenden kolonialen Weltordnung verbunden ist. Einer derjenigen Ansätze, die eine radikale postkoloniale Kritik an Demokratie formulieren, und die die Kritik an der Gewaltförmigkeit westlicher Demokratien nicht nur auf die Institution Demokratie, sondern ebenso auf die mit dieser verwobenen Lebensweisen bezog, wurde von Achille Mbembe erarbeitet, dessen Überlegungen den Ausgang für den vorliegenden Text bilden. Für Mbembe gibt es „keine Demokratie ohne ihre Doppelgängerin, ihre Kolonie, ganz gleich, wie man sie nennt oder welche Struktur sie besitzt. […] Die Demokratie trägt die Kolonie tief in sich, und die Kolonie trägt die Demokratie – oft in Gestalt von Masken" (Mbembe 2017: 45). Moderne liberale Demokratien tolerieren, ermöglichen und konstituieren von Beginn an physische, psychische, strukturelle, institutionalisierte und epistemische Gewalt (vgl. ebd.: 36). Mbembe sieht moderne liberale Demokratien daher von jeher als auf zwei Ordnungen beruhend: Neben der „Gemeinschaft der Gleichen, in der zumindest theoretisch der Gleichheitsgrundsatz herrscht", existiert eine „ebenfalls gesetzlich etablierte Gruppe von Nichtgleichen oder Menschen ohne Teilhabe" (ebd.: 37). Moderne liberale Demokratien bildeten sich folglich als „*Gemeinschaft der Trennung*" (ebd.; Hervorhebung im Original) heraus. Legitimiert wurde diese Gleichzeitigkeit zweier Ordnungen durch Rassismus und die aus diesem resultierende Entmenschlichung und Entrechtlichung von Schwarzen Menschen, indigenen Menschen und *People of Color*.

Dass sich die liberale moderne westliche Demokratie als ‚Gemeinschaft der Trennung' etablierte, zeigt sich im Inneren der jeweils nationalstaatlich verfassten Demokratien ebenso wie in deren ‚Äußerem': In den Demokratien, die sich wie etwa die USA als „demokratischer Sklavenstaat" (Mbembe 2017: 36) etablierten, schloss die ‚Gemeinschaft der Gleichen' Sklav*innen aus, zugleich aber prägte dieser Ausschluss und die alltägliche Gewalt der Sklaverei ebenso wie die Plantagenwirtschaft die Vorstellung darüber, was ‚Politik' in einer Demokratie sein solle[1]. Die ‚Demokratien' der europäischen Nationalstaaten, die zugleich Kolonialmächte waren, waren ebenso selektiv, beruhten sie doch auf Gewaltregimen in den Kolonien. Der vermeintliche „innere Frieden" beruhte hier daher, so Mbembe, „zu einem großen Teil auf Gewalt in der Ferne" (ebd.: 41), den Kolonien. Die Gewalt der Demokratien wurde in die Kolonien ausgelagert (vgl. ebd.: 52). Das Kolonialrecht entzog sich der Trennung von legaler und illegaler Gewalt, was dazu führte, dass der Alltag der Kolonisierten durch „rohe, weil uneingeschränkte Gewalt" (ebd.: 53) gekennzeichnet war. Diese Gewalt blieb jedoch ungeahndet oder blieb durch die Interpretation als vermeintlicher ‚Notwehr' straffrei (vgl. ebd.: 54). Auch darin zeigt sich, dass sich Demokratie dem Gleichheitspostulat

1 Vgl. zu den *Entanglements* von Versklavung und Demokratie u. a. Du Bois 2014 und auf der Ebene der Theoriebildung u. a. Buck-Morss 2009.